

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Oktober 1949

Nr. 49

Preis S 2.-

DIE LAGE NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN

Das Wahlergebnis

"Der Ausgang der Wahlen ist uns nichts als ein Barometer für die Bewusstseinshöhe der Massen", schrieben wir in der letzten Nummer unseres Organs. Er widerspiegelt, wenn auch verzerrt, das Kräfteverhältnis im Klassenkampf, können wir hinzufügen.

Daher ist uns als revolutionäre Avantgarde das erste Resultat, das wir festhalten müssen, die Wahlniederlage der Arbeiterklasse. Der Stimmenanteil der Parteien, der die Arbeitermassen ihr Vertrauen schenken, SP und Stalinpartei (Linksblock), ist von 49,7% 1945 auf 43,7% 1949 zurückgegangen. Im gleichen Verhältnis ist der Stimmenanteil der kapitalistischen Parteien gestiegen.

Die Niederlage mit dem Stimmzettel vom 9. Oktober widerspiegelt die Niederlagen, die die österreichische Arbeiterklasse und selbstverständlich auch die internationale Arbeiterklasse von 1945 bis 1949 erlitten hat. Letztere in außerordentlich hohem Maße, denn in Österreich als besetztem Land, als Berührungspunkt der Einflusssphäre der Imperialisten und des Kreaml, spielte die internationale Lage, das internationale Kräfteverhältnis für den Ausgang der Wahlen eine bedeutende Rolle. Die Währungsreform, die Lohn- und Preispläne, die Koalitionspolitik ebenso wie die Niederlagen der deutschen, französischen, italienischen Arbeiterklasse und die Errichtung von Volksdemokratien in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Jugoslawien formten die "Bewusstseinshöhe der Wählermassen" in Österreich.

Außerordentlich hoch war die Wahlbeteiligung, die mit 96,8% einen Rekord bedeutet. Diese kann nur zum geringsten Teil durch den gesetzlichen Wahlzwang (Vorarlberg, Tirol, Steiermark) erklärt werden. In Burgenland und in Niederösterreich, wo es keinen Wahlzwang gab, wo aber die russische Besetzung lastet, stieg die Wahlbeteiligung bis auf 98%. Die hohe Wahlbeteiligung widerlegt die Ausrede von SP- und Stalinbürokratie von der politischen Interesslosigkeit der Massen; sie beweist im Gegenteil die entscheidende Bedeutung, die die Wählermassen diesen Wahlen beilegte. Die hohe Wahlbeteiligung kam in erster Linie der Bourgeoisie zugute und sie war vor allem von der Angst vor der volksdemokratischen Polizeidiktatur diktiert.

Der Wahlniederlage der Arbeiterklasse steht der Wahlsieg des neofaschistischen V.d.U. (11,7% der Stimmen) und das relativ sehr günstige Abschneiden der ÖVP (44,1%) gegenüber. Die Schärf - Helmersche Wahlstrategie, die durch das Auftreten des V.d.U. eine Aufspaltung der bürgerlichen Front voraussagte und die "neue", nur demokratisch getarnte, in Wirklichkeit neofaschistische Partei im Wahlkampf als "Spaltpilz" tollerierete, hat dadurch ihre größte Niederlage erlitten. Der "Spaltpilz" hat sich seine Stimmen nicht nur von der ÖVP, sondern, besonders in den Städten, auch von der SP geholt und die gesamte kapitalistische Front ist gegenüber 1945 bedeutend stärker geworden.

Klassenmäßig bedeutet der Wahlausgang ein Abschwenken von grossen Teilen des Kleinbürgertums in das Lager des rechten, neonazistischen, großdeutschen Flügels der Bourgeoisie. Der V.d.U. hat es verstanden, die Unzufriedenen, enttäuschten Kleinbürger aber auch der verkleinbürgerlichten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse (Beamte, mittlere und höhere Angestellte, Intellektuelle) um sich zu sammeln. Seine größten Erfolge erreichte der V.d.U. in den Städten, also beim städtischen Kleinbürgertum. Eine Analyse der fast 1 Million betragenden Neuwähler zeigt, daß auch bedeutende Teile der Jugend sich dem V.d.U. zugewendet haben müssen. Gewonnen hat der V.d.U. zu ziemlich gleichen Teilen auf Kosten von SP und ÖVP, der relative Stimmenverlust der SP ist sogar größer als der der ÖVP.

Das Wahlresultat widerspiegelt somit die relative Stabilisierung des kapitalistischen Regimes in Österreich. Die Kapitalisten sind stärker geworden auf Kosten der Arbeiterklasse.

Welches sind die Ursachen der Wahlniederlage der Arbeiterklasse?

Beide, sowohl die reformistische SP - als auch die Stalinbürokratie, haben einen anderen Ausgang der Wahlen erwartet. Nicht nur in der Wahlpropaganda, vor den Massen haben sie mit einer Verbesserung ihrer Positionen gerechnet, sondern auch im engsten Kreise. Die SP-Bürokratie wiegte sich rein opportunistisch in der Hoffnung, zumindest mandatsmäßig zu einem Gewinn zu kommen, wobei sie mit der Stimmenzersplitterung im Lager der Bourgeoisie rechnete: Die Stalinbürokratie rechnete mit einem größeren Zuzug von enttäuschten SP-Arbeitern, wozu ihr vor allem der mit ihr verbündete Scharf dienen sollte. Wem geben nun SP- und Stalinbürokratie die Schuld an ihrer Niederlage?

Die "A.-Z." schreibt: "Es waren Wahlen im Zeichen der 'roten Katze' der ÖVP, Wahlen der Angst vor der Volksdemokratie, Wahlen der verleumderischen Lüge der Volkspartei, daß wir Sozialisten in der Abwehr dieser Gefahren nicht 'sicher' seien." Die Wahlpropaganda der ÖVP ist schuld an der Niederlage der SP, erklärt also Oskar Pollak den SP-Arbeitern. Die Frage nach der Ursache der Niederlage bei der SP so zu stellen, bedeutet nur die Aufmerksamkeit von der Hauptursache abzulenken.

Die Hauptursache der Wahlniederlage der SP ist die Koalitionspolitik, in deren Namen sie seit 1945 Schritt für Schritt die Interessen der Massen preisgegeben hat, in deren Namen sie Schritt für Schritt der Bourgeoisie geholfen hat, ihre Wirtschaft und ihren Staat wieder aufzubauen - auf Kosten der Massen. Die Koalitionspolitik hat die Bourgeoisie in erster Linie gestärkt und nicht ihre Volksdemokratie-Propaganda.

Wenn die Massen gesehen hätten, daß die SP ihre Tagesinteressen auf Kosten der Kapitalisten durchzusetzen entschlossen sei, dann hatte dies auch in Wahlresultat seinen Ausdruck gefunden. So haben große Teile vor allem der kleinbürgerlichen Massen keinen Unterschied zwischen der ÖVP und der SP gemacht, beide haben immer nur weitere "Opfer für den Wiederaufbau" verlangt. Die Koalitionspolitik ist die

Ursache, daß große Teile der kleinbürgerlichen Schichten, darunter selbstverständlich auch die ehemaligen Nazi, sich dem V.d.U. in die Arme warfen. Diese enttäuschten Kleinbürger sehen in der SP (wie auch in der Stalinpartei) keine Kraft, an die sie sich anlehnen können, die ihnen einen Weg heraus aus ihrer verzweifelten Lage weist. Teile von ihnen sind bereit, mit dem V.d.U. ein neues faschistisches Abenteuer zu wagen.

Die Stalinbürokratie hatte ihren Anhängern 12 bis 15 Mandate versprochen. Sie mußte sich mit 5 Mandaten und mit einem Stimmenanteil (5%), der sogar etwas unter dem von 1945 lag, begnügen. Und dies trotz ihres Wahlbündnisses mit der Scharf-Gruppe, trotz ihres Vorteils als Oppositionspartei und trotz der Katastrophenpolitik der SP.

Die Stalinbürokratie schiebt die Hauptschuld der Niederlage (sie spricht natürlich von keiner Niederlage, sondern nur von der Eroberung des 2. Grundmandates und der Behauptung ihres Stimmenanteils, aber in der gegebenen Lage ist es tatsächlich eine Niederlage) der vereinten Hetze von SP und ÖVP "gegen den Kommunismus und die Volksdemokratien" zu. Von der Einschätzung der Wahlen durch die Stalinbürokratie gilt dasselbe wie bei der SP, sie will von der Hauptschuld, ihrer Verratspolitik, ablenken.

Seit 1947 befindet sich die Stalinpartei, entsprechend der außenpolitischen Position der SU, in schwerer Opposition zur österreichischen Bourgeoisie. Seit dieser Zeit vertritt sie im außerparlamentarischen Kampfe Tagesforderungen der Massen. Und dennoch ist sie nicht imstande, ihren Masseneinfluß zu verstärken. Die Arbeitermassen erkennen richtig, zumeist nur instinktiv, daß die Unterstützung ihres Tageskampfes durch die Stalinbürokratie nicht geschieht, um ihnen zu helfen, sondern nur um ihre Kampfkraft auszunützen für die bürokratischen Interessen der Krenklclique. Die "Hetze der Bourgeoisie und der SP gegen den Kommunismus" fällt eben nur deshalb auf günstigen Boden, weil die Stalinbürokratie durch ihre antidemokratische, die Interessen der Massen verratende Politik den Stalin-Kommunismus, die Stalin-Diktatur in den Augen der Massen gleichsetzt mit der - faschistischen Diktatur. Nicht die Hetze gegen den Kommunismus war die Ursache der Wahlniederlage des Linksblocks, sondern die stalinistische Verratspolitik.

Eine schwere Niederlage erlitt der "Linksblock" in Kärnten. Er verlor 50% der Stimmen, die die Stalinpartei 1945 allein erhielt. Die Unterstützung der Ansprüche Jugoslawiens auf Südkärnten und die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Sowjetunion hat sich für die Stalinpartei so schwer ausgewirkt.

Scharf, der sich vor den Wahlen mit der KP zum "Linksblock" zusammengeschlossen hatte, ist in den Wahlkreisen, in denen er an erster Stelle kandidierte, durchgefallen. Er dürfte kaum mehr als einige Tausend Stimmen dem "Linksblock" eingebracht haben. Nicht das Wahlbündnis mit der Stalinpartei an sich, sondern seine bedingungslose Kapitulation vor der Stalinpolitik, seine Verwandlung in einen Stalinisten haben ihm um die Sympathien großer Teile der unzufriedenen SP-Arbeiter gebracht.

Letzten Endes schieben SP und Stalinbürokratie die Schuld an der Niederlage bei den Wahlen auf die Massen, die auf die Propaganda des Gegners hineingefallen seien, es nicht verstanden hätten, ihre Interessen wahrzunehmen. Die SP-Bürokratie ist unter dem Druck der enttäuschten Vertrauensleute sogar soweit gegangen, eine Art "Selbstkritik" zu üben, und zwar nicht an ihrer Politik, sondern an der mangelnden Organisation im Wahlkampf. Das heißt die Schuld wird auf die unteren Vertrauensleute und Funktionäre abgeschoben.

Die Wahlniederlage der Arbeiterklasse ist das deutlich erkennbare Resultat der Verratspolitik ihrer Führung, die die grundlegendsten Interessen der Massen preisgibt und den Klassenfeind stärkt.

Die Lage nach den Wahlen

"Der Spartakist" stellte in seiner letzten Nummer folgendes zu einer eventuellen Wahlniederlage der SP fest: "Eine Wahlniederlage wird wahrscheinlich den Differenzierungsprozeß in der SP beschleunigen, ihn aber zugleich des wichtigsten Motors, ihn zu vertiefen, der unmittelbaren lebendigen Massenerfahrung und des aus ihr erwachsenden Drucks der unzufriedenen Massen zur Gleichgültigkeit steigern, den Übergang von Teilen der Arbeiterschaft in die Indifferenz vorbereiten."

Diese Einschätzung war auch einer der Gründe, warum wir dafür eintraten, für die SP zu stimmen. Ein Wahlsieg der SP über die Bourgeoisie hätte auf die Dauer bessere Bedingungen für den Klassenkampf ergeben. Die Initiative der Massen, die durch die unmittelbare lebendige Erfahrung verstärkt wird, entsteht nur dann, wenn sie sich bewußt sind, daß sie tatsächlich ein entscheidender, handelnder Faktor im Kampfe sind. Dies ist natürlich eher der Fall, wenn sie Siege, wenn auch nur Wahlsiege, trotz des Versagens der Führung erringen, als Niederlagen dank des Versagens der Führung.

Aber ist es denn schon soweit, haben die Massen tatsächlich schon so entscheidende Niederlagen erlitten, daß sie entmutigt sind, kampflos das Feld räumen werden? Soweit ist es bestimmt noch nicht. Eine Stimmzettelniederlage ist noch lange keine Katastrophe. Sie könnte nur dann den Beginn einer Katastrophe anzeigen, wenn ihr in der nächsten Zeit eine Reihe von schweren Niederlagen im außerparlamentarischen Kampfe folgen würden. Dies ist sehr unwahrscheinlich, dazu ist das kapitalistische Regime viel zu labil, als daß es sich zu entscheidenden Schlägen gegen das Proletariat, die Massen entschließen könnte.

Die wirtschaftliche Lage der Bourgeoisie ist sehr ernst. Für sie gilt heute dasselbe, was Hitler von Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg sagte: "Exportier oder krepier". Die kapitalistische Konkurrenz auf dem Weltmarkte treibt die schwächeren Kapitalisten, zu denen die österreichischen gehören, immer mehr in die Enge.

Die Pläne der Bourgeoisie, die Intensivierung der Arbeit, die weitere Senkung der Reallöhne, der Abbau "der sozialen Lasten", die Hinarbeit auf die Errichtung einer offenen Diktatur, die Aufstellung eines Bundesheeres, die Unterstellung der Exekutive unter einen "Fachmann" usw. werden durch den Ausgang der Wahlen erleichtert. Der rechte Flügel der ÖVP, unterstützt und ermutigt durch den Wahlsieg des V.d.U., wird immer mehr in den Vordergrund treten.

In der ersten Regierung nach den Wahlen werden zunächst noch keine großen Veränderungen auftreten. Figl wird wieder Bundeskanzler werden. Aber schon bei der Besetzung des Innenministeriums ergeben sich Schwierigkeiten, die Bourgeoisie will anstelle von Helmer zumindest einen "parteilosen Fachmann" sehen. Der V.d.U. wird vorläufig noch außerhalb der Regierung bleiben. Dazu schreibt "Die neue Front", das Organ des V.d.U.; "Die eigentliche Chance der 'Unabhängigen' wird erst zu einem späteren Zeitpunkt, bei den ersten schweren Regierungsentscheidungen und den dabei auftretenden Regierungskrisen kommen."

Die wirtschaftliche Lage der Bourgeoisie treibt sie zur Fortsetzung ihrer Offensive gegen den Lebensstandard und die demokratischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der Massen. Der Klassenkampf wird sich in der nächsten Etappe verschärfen. Wie wird die Arbeiterklasse, wie werden die Massen darauf reagieren?

Das Wichtigste bei der Einschätzung dieser Frage ist, daß die Kampfkraft der Arbeiterklasse noch keine entscheidende Einbuße erlitten hat. Die Wahlergebnisse in den Arbeiterbezirken und die Arbeiterkammerwahlen zeigen, daß die Arbeiter in ihrer Masse SP oder Stalinpartei wählten. Dies bedeutet natürlich noch lange nicht, daß sie deshalb ebenso geschlossen mit der Politik der beiden Parteien ein-

verstanden wären. Aber es zeigt von richtigem Klasseninstinkt der Arbeiterklasse. Die ersten Einbrüche des V.d.U. bei den Betriebsräte- und Arbeiterkammerwahlen in die Arbeiterklasse sind eine ernste Warnung, aber es wäre verfrüht, darüber in Panikstimmung auszuberechnen.

Das Kleinbürgertum wird seine schwankende Haltung in der nächsten Etappe noch beibehalten. Von der Stimmenabgabe für den V.d.U. bis zum Verfügenstellen als konterrevolutionäre Prügelgarde gegen das Proletariat ist ein Prozeß, der je nachdem die kommenden Kämpfe ausgehen, beschleunigt oder verlangsamt wird.

Für die allernächste Zeit können wir bestenfalls mit einem passiven Widerstand der Arbeiterklasse rechnen. Seine Umwandlung in einen aktiven Widerstand, hängt von der Umgruppierung der besten, fortgeschrittensten Arbeiter vor allem in der SP ab.

Die Wahlniederlage der SP hat zweierlei Wirkung auf die SP-Arbeiterschaft. Ein Teil ist enttäuscht und wird vorübergehend der Passivität verfallen, ein anderer Teil aber ist bereit, die Lehren zu ziehen, er beginnt zu erkennen, daß Reformen und Koalitionspolitik niemals zum Sozialismus führen, sondern im Gegenteil die kapitalistische Herrschaft und das kapitalistische Elend nur verewigen. Wir können mit ernstesten, oppositionellen Tendenzen innerhalb der SP rechnen. Diese Opposition, die in der Jugend ihre Hauptvertreter hat, hat vorläufig noch kein klares Programm, ihre Linie ist linksreformistisch. Sie lehnt die Koalitionspolitik nur in der jetzigen Lage ab und ist noch durch und durch erfüllt von parlamentarischen Illusionen. Aber es bestehen alle Aussichten, daß die oppositionelle Jugend und die oppositionellen Arbeiter in der SP in den kommenden Kämpfen weiter lernen und zur Linie des revolutionären Klassenkampfes finden werden. Auf dem Umweg eines ernstesten Differenzierungsprozesses innerhalb der SP, der auch seine Rückwirkungen auf die Stalinpartei haben wird, besteht eine große Chance des Wiedererstarkens der Klassenkampfkraft der österreichischen Arbeiterklasse.

Anders ist es bei der Stalinpartei. Der Wahlausgang hat den Arbeitern in der Stalinpartei die Stagnation und die relative Bedeutungslosigkeit des Stalinismus, trotz der verhältnismäßig günstigen objektiven Bedingungen, gezeigt. Auch hier ist die Enttäuschung sehr groß. Das zweite Grundmandat und die relativ größere Wahlniederlage der SP, können den denkenden Teil der stalinistischen Arbeiter kaum über die wirkliche Lage hinwegtäuschen, wie es die Bürokraten in der "Volksstimme" machen wollen. Aber der Bleideckel des stalinistischen Apparates schafft für die Entstehung oppositioneller Tendenzen fast keine Möglichkeiten. Erst das Entstehen eines ernstesten revolutionären Faktors wird die besten Elemente innerhalb des Stalinismus wieder in Bewegung und zurück zur revolutionären Linie bringen.

Was ist zu tun?

Die Offensive der Bourgeoisie in der kommenden Etappe wird sich vor allem in zwei Richtungen auswirken: "Senkung der Produktionskosten" durch Senkung der Reallöhne und "Abbau der sozialen Lasten" durch schrittweise Beseitigung der sozialen Reformen (Urlaubsgesetz, Betriebsrätegesetz, Miederschutz usw.), deren Wiedereinführung oder Ausbau sie 1945 unter dem Druck der Verhältnisse nicht verhindern konnte. Die Verteidigung des Reallohnes und der sozialen und demokratischen Errungenschaften wird daher zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Voraussetzung für den Erfolg in diesem Kampfe ist die einheitliche, geschlossene Aktion der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die kapitalistische Offensive.

Den Preisexzessen der Kapitalisten kann die Arbeiterklasse nur entgegenwirken, indem sie geschlossen für die

Kontrolle der Produktion und der Geschäftsbücher durch die Betriebsräte und die Gewerkschaften

und für die

gleitende Lohnskala

eintritt.

Der drohenden Arbeitslosigkeit, der Schaffung einer industriellen Reservearmee müssen die Arbeiter und die Betriebsräte geschlossen entgegenwirken. Die Betriebsräte und Gewerkschaften müssen sich weigern, Entlassungen zuzustimmen und anstelle der Entlassungen die Einführung der

gleitenden Arbeitszeit,

das ist die Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohne, soweit bis die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung garantiert ist, verlangen.

Die Kapitalisten verlangen die Steigerung der Produktivität, sie verlangen die Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, Die Arbeiter dürfen einer Rationalisierung nur dann zustimmen, wenn ihnen gleichzeitig die Erhöhung der Reallöhne garantiert wird. Keine Rationalisierung ohne gleichzeitige Erhöhung der Reallöhne.

Der Wahlsieg des V.d.U. führt der Arbeiterklasse das Wiederaufleben des Faschismus als drohende Gefahr vor Augen. Den Betriebsratswahlerfolg in Kaprun des V.d.U. nahm die Stalinpartei zum Anlaß, um zur Bildung von antifaschistischen Komitees aufzurufen. Sie verlangt "die Sammlung aller demokratischen Kräfte". Dazu gehören natürlich auch die "demokratischen Kräfte" der ÖVP, der Bourgeoisie, d.h. die Stalinpartei rät den Arbeitern, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Der stalinistische "Antifaschismus", das ist die "Volksfrontpolitik" kann ebensowenig den Faschismus verhindern wie die stalinistischen "Friedenskongresse" den Krieg. Faschismus und Krieg sind Produkte des verfaulenden Kapitalismus. Nur der konsequente revolutionäre Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann Faschismus und Krieg verhindern. Das beste Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen die drohende Wiederbelebung des Faschismus ist daher die

Kampfeinheitsfront der Arbeiterklasse im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Um die Koalitionspolitik aufrechterhalten zu können, redet die SP-Bürokratie den Arbeitern ein, sie dürfe doch die von ihr besetzten Machtpositionen im Staate nicht den Kapitalisten überlassen. Die Positionen, die SP- und eventuell Stalinpartei im kapitalistischen Staate besetzen, sind nur Scheinpositionen, sind keine realen Machtpositionen für die Arbeiterklasse, sie sind im besten Falle nur Versorgungsposten für Bürokraten. Die realen Machtpositionen der Arbeiterklasse liegen in den Betrieben, außerhalb des Parlaments. Die Positionen in den Betrieben, die Macht der Betriebsräte, der Einfluß der Arbeiter in den Betrieben und auf der Straße müssen von der Arbeiterklasse geschlossen gegen die Angriffe der Bourgeoisie verteidigt und ausgebaut werden.

Die SP stellt der Arbeiterklasse die bürgerliche Demokratie als die allein seligmachende Herrschaftsform hin. Die Stalinbürokratie tut ihr übriges dazu, um Illusionen und Verwirrung über den Charakter der demokratischen Diktatur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter zu verbreiten. Entweder stellt sie sich in der Volksfrontpolitik auf denselben Standpunkt wie die SP, oder sie hilft durch ihre volksdemokratischen Polizeimethoden der SP indirekt, den Arbeitern die bürgerliche Demokratie als die "Staatsform mit den größten Freiheiten" hinzustellen.

Auf der anderen Seite machen SP- und Stalinbürokratie durch ihren bürokratischen Konkurrenzkampf alles, um die Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse zu zerstören. Die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes ist ein Schulbeispiel dafür.

Aber um in ihrem Kampfe gegen die Bourgeoisie bestehen zu können, braucht die Arbeiterklasse ihre eigene Demokratie, die proletarische Demokratie. Die Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse bedeutet das Recht jeder einzelnen Partei, jeder einzelnen Gruppe, jedes Einzelnen innerhalb der Arbeiterbewegung auf Meinungs- und Kritikfreiheit. Aber die proletarische Demokratie bedeutet ebenso wie die bürgerliche eine Klassendemokratie:

Demokratie für die Arbeiter - Klassenkampf gegen die Bourgeoisie

+

Dies ist die Politik, die wir Internationalen Kommunisten den durch den Ausgang der Parlamentswahlen enttäuschten Arbeitern vorschlagen müssen. Wir müssen ihnen geduldig erklären, daß die heutige Lage der Arbeiterklasse, in die sie dank des Verrates von SP-, Stalin- und Gewerkschaftsbürokratie gelangt ist, zwar ernst ist, aber durch den Kampf der Arbeiterklasse selbst geändert werden kann.

Die Aufgabe der Internationalen Kommunisten in der kommenden Etappe besteht daher in dem Heranbringen unserer Aktionslosungen, unserer Übergangslosungen an die fortgeschrittensten Arbeiter in den Betrieben, an die besten Teile der oppositionellen Arbeiter und der oppositionellen Jugend in der SP. Wir müssen diese besten, kritischsten Arbeiter davon überzeugen, daß es nicht genügt, die SP-Führung unter Druck zu setzen, damit sie die Koalition gegen die Bourgeoisie aufgebe, sondern daß an die Stelle der Koalition der außerparlamentarische Kampf der Massen für ihre grundlegendsten Interessen treten muß. Unser Übergangsprogramm muß die Grundlage dieses Kampfes werden. Die lebendigen Erfahrungen, die die fortgeschrittensten Arbeiter im Kampfe machen werden, werden ihnen den Weg zur revolutionären Politik, zur revolutionären Klassenpartei erleichtern.

Aber es genügt nicht, den fortgeschrittensten Arbeitern und über diese den Arbeitern zu sagen, welchen Weg sie einschlagen müssen, um vorwärts zu kommen. Wir müssen ihnen gleichzeitig sagen und erklären, welches Ziel sie dauernd im Auge behalten müssen, um auf diesem Wege auch zu bleibenden Erfolgen zu kommen: den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, die Errichtung der eigenen Klassendiktatur, der Räte-Demokratie. Dazu braucht die Arbeiterklasse aber eine klare, auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus handelnde Führung, eine neue Klassenpartei. Weder der SP-Reformismus, noch der Stalinismus sind imstande, die Arbeiterklasse zum entscheidenden Siege gegen den Klassenfeind zu führen, das haben die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gezeigt. Die nie aussetzende Kritik an der Politik und der Praxis der SP- und Stalinbürokratie ist zur unabdingbaren Voraussetzung bei der Herausbildung der neuen Klassenpartei geworden.

Es wird kein leichter Weg sein, der Weg zur neuen Klassenpartei, der Weg der IV. Internationale, aber es ist der einzige Weg nach vorwärts.

26. 10. 1949

ERKLÄRUNG

des Sekretariats der IV. Internationale über den

BUDAPESTER PROZESS

Im Auftrag des Kremls wurde soeben wieder ein konterrevolutionäres Verbrechen begangen.

Im Budapester Prozeß wurden mehrere Angeklagte, die beschuldigt wurden, "Trotzkisten im Dienste der Spionageagenturen des Imperialismus" zu sein, zum Tode verurteilt. Einige Monate vorher hatte ein "Prozeß" in Tirana unter der gleichen ungeheuerlichen Anklage mit der Hinrichtung mehrerer Führer der albanischen Kommunistischen Partei, vor allem ihres Generalsekretärs während des Krieges, Xoxi Dodge, geendet.

Das Sekretariat der IV. Internationale erklärt formell, daß keiner der Verurteilten von Budapest einer Organisation der IV. Internationale angehört hat. Im Budapester Prozeß wurden neben einstigen Offizieren und Polizisten des Horthyregimes und notorischen Provokateuren der GPU, erprobte Stalinisten verfolgt. Der Anklageakt und die Technik des Prozesses (die Anklageschrift überbietende "Geständnisse" der Angeklagten, die darin bestanden, Absichten und erhaltene Befehle zuzugeben, die sonst nie festgestellt wurden, etc.) erinnern an die Moskauer Prozesse, in deren Verlaufe Stalin die alte Garde der bolschewistischen Partei und der Kommunistischen Internationale ausrottete. Diese Prozesse wurden, wie dies eben von den Führern der jugoslawischen Kommunistischen Partei festgestellt wurde, von den gleichen Leuten aufgezo-gen.

Die öffentliche Weltmeinung, wenn sie auch noch über den Mechanismus dieser Prozesse (der zu Geständnissen eingebildeter, absolut unwahrscheinlicher und phantastischer Verbrechen geführt hat) staunt, zweifelt nicht, daß diese Machinationen politische Zwecke verfolgen. Die Moskauer Prozesse gestatteten der Kreml-Bürokratie, jede potentielle revolutionäre Opposition in der bolschewistischen Partei beiseitezuschaffen und die Ermordung Leo Trotzki's vorzubereiten. Ebenso zielen der Budapester Prozeß und jene, die in den anderen Hauptstädten Osteuropas aufgezo-gen werden, darauf ab, den Kampf gegen Jugoslawien zu intensivieren und jede mögliche, gegen die Ausplünderungspolitik des Kremls gerichtete Opposition in den kommunistischen Parteien dieser Länder zu zerbrechen, nachdem der mutige Kampf, den die jugoslawische Kommunistische Partei seit ihrem Bruch mit der Kominform führt, diese Opposition mächtig gestärkt hat.

24. Sept. 1949

Das Internationale Sekretariat.